



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
anlässlich der Debatte zur
Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der
Finanzierungsinstrumente für die Modernisierung und
nachhaltige Entwicklung der deutschen Häfen
in der 1052. Sitzung des Bundesrates
am 21. März 2025**



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 21. März 2025 in der 1052. Sitzung des Bundesrates

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass dieser, von den Küstenländern initiierte Entschließungsantrag heute hier befasst werden kann und auch die Unterstützung der Binnenländer findet, das zeigt: Die Häfen sind mitnichten nur eine norddeutsche Angelegenheit!
Ich möchte mich aus diesem Grund auch gleich zu Beginn für die sehr konstruktive Debatte in den Ausschüssen bedanken, die den Antrag noch besser gemacht hat.

Und ich möchte mich bedanken, weil dieser Antrag ein Bekenntnis der Länder zu den deutschen See- und Binnenhäfen ist. Ein Bekenntnis zu den Häfen als ein Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft und als unverzichtbare kritische Verkehrsinfrastruktur. Zu unseren Häfen als Garanten für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und der Industrie, sowie als Voraussetzung für ztausende Arbeitsplätze nicht nur an den Hafenstandorten, sondern – was oft übersehen wird – in ganz Deutschland.

Deutschland ist nicht nur die größte Industrienation, Deutschland ist auch die größte Exportnation Europas. Beides wäre unstrittig ohne eigene Zugänge zum seeschifflichen Wasser völlig undenkbar.

Undenkbar wäre ohne die deutschen Häfen auch das Erreichen unserer Klimaziele. Wir brauchen sie für den Ausbau der Offshore Windenergie genauso wie für den Import klimaneutraler Energieträger.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 21. März 2025 in der 1052. Sitzung des Bundesrates

Sie sind ein Eckpfeiler der ökonomischen und der ökologischen Transformation. Zudem wird die Bedeutung unserer Häfen angesichts der Bedrohungslagen in Europa wieder größer, denn sie sind unverzichtbar für unsere militärische Mobilität. Das betrifft nicht nur die „harte“ Infrastruktur, das betrifft auch die Cybersicherheit, den Schutz vor Sabotage und die Steigerung der Resilienz.

Meine Damen und Herren,
entgegen der gesamtstaatlich herausragenden Bedeutung der Häfen, werden die anfallenden Aufgaben jedoch aktuell fast ausschließlich von den jeweiligen Bundesländern und Kommunen finanziert. Lediglich mit 38 Millionen Euro – wohlgernekt für alle Seehäfen zusammen – beteiligt sich der Bund an den Hafenlasten.

Bei unseren europäischen Nachbarn in Belgien und den Niederlanden sind die Häfen dagegen Anlagen von nationaler, strategischer Bedeutung. Während der Milliardenschwere Ausbau und Erhalt der Infrastruktur dort als gesamtstaatliche Aufgabe verstanden wird, obliegt er bei uns den Ländern und Gemeinden. Wir sprechen hier von mindestens fünf Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren. Und das bei gleichzeitig begrenzter finanzieller Leistungsfähigkeit der Länder und Kommunen.

Handeln wir aber jetzt nicht, gerät die Leistungsfähigkeit der deutschen Häfen in erhebliche „Schlagseite“ - mit spürbaren Auswirkungen auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft.

Die Küstenländer haben deshalb im Dezember vergangenen Jahres diesen Entschließungsantrag zur Stärkung der Finanzierungsinstrumente für die Modernisierung und nachhaltige Entwicklung der deutschen Häfen vorgelegt und der Bundesregierung darin den Vorschlag unterbreitet, eine neue, mit entsprechenden Mitteln hinterlegte Gemeinschaftsaufgabe "Häfen" gemäß Artikel 91a des Grundgesetzes einzuführen.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 21. März 2025 in der 1052. Sitzung des Bundesrates

In den Beratungen der Ausschüsse wurde der Vorschlag dahingehend konkretisiert, dass diese neue Gemeinschaftsaufgabe den Erhalt, den Ersatz und den Neubau der Hafeninfrastruktur in See- und Binnenhäfen umfasst und den Ländern einen Gestaltungsspielraum zubilligt, der die jeweiligen Verhältnisse sowohl in den Küsten- als auch in den Binnenländern berücksichtigt.

Dass diese neue Gemeinschaftsaufgabe nicht zu Lasten anderer Gemeinschaftsaufgaben gehen darf, das findet sich nun auch in diesem Entschließungsantrag wieder.

Meine Damen und Herren,
mit diesem Vorschlag kann der Bund seiner Verantwortung gerecht werden. Und ich möchte ergänzen: Er muss seiner Verantwortung gerecht werden und er muss ihr zügig gerecht werden. Denn angesichts der zunehmenden Herausforderungen hat der Bund eine verfassungsrechtlich verankerte Pflicht, die Länder und Gemeinden zu unterstützen.

Wir haben hier heute ja auch über das Sondervermögen debattiert, mit dem die Infrastruktur in unserem Land saniert werden soll. Dazu gehören Gleisanlagen, Straßen und Brücken - und natürlich auch unserer Häfen, die für die Wirtschaft so essentiell sind.

Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass aus dem Bundesanteil dieses Sondervermögens die Unterstützung unserer Häfen nicht nur geleistet werden **kann**, sondern auch geleistet werden **muss**.

Die Länder werden ihren Beitrag selbstverständlich weiterhin leisten. Wir sind offen für Alternativen, wenn die Bundesregierung eine andere Lösung bevorzugt. Wichtig ist nicht wie, sondern dass sie es löst. Und, dass sie es schnell löst.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 21. März 2025 in der 1052. Sitzung des Bundesrates

Meine Damen und Herren,
es ist jetzt an der Zeit, in unsere Häfen zu investieren, damit die Häfen und unsere Volkswirtschaft wettbewerbsfähig bleiben. Das ist nicht alleine die Aufgabe der Küstenländer, denn leistungsfähige Häfen sind genauso von gesamtstaatlichem wie von gesamtgesellschaftlichem Interesse. Deswegen würde ich mich über ein starkes Signal aus diesem Hause sehr freuen.

Vielen Dank.